



Die SP sagt Nein zur «IGEL-Initiative»

Die Initiative «Für tiefere Strompreise und sichere Arbeitsplätze» beinhaltet vier Forderungen:

- eine sichere, diskriminierungsfreie und wirtschaftliche Elektrizitätsversorgung;
- die Abschaffung der Konzessionsabgaben an Gemeinden;
- die Senkung der Strompreise und
- die Förderung eines intelligenten, glasfaser-gesteuerten Stromnetzes.

Väter der Initiative sind zwei Kreise: Privatpersonen, die den Strompreis der CKW für Private senken wollen und Unternehmer, die in der günstigeren Grundversorgung der CKW bleiben wollen.

Die Initiative wurde gleichzeitig mit dem kantonalen Stromversorgungsgesetz beraten. Darin wurden zwei Forderungen aufgenommen: Die sichere, diskriminierungsfreie und wirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität ist ein Grundauftrag und unbestritten. Ebenso die Förderung von Glasfaser im ganzen Kanton. Niemand bestreitet, dass Luzern als Wirtschaftsstandort intelligente Netze fördern muss. Damit sind zwei Anliegen der Initianten mit der Verabschiedung des Stromversorgungsgesetzes erfüllt.

Die Abschaffung der Konzessionsabgaben der Netzbetreiber an die Gemeinden hatte die SP-Fraktion befürwortet. Weil die CKW die Abgaben auf ihre Preise draufschlagen kann, bedeuten sie eine versteckte Steuer. Die Mehrheit des Rates sah das anders.

Bleibt die Forderung der Senkung der Strompreise im Kanton Luzern. Darauf hat der Kanton keinen Einfluss, obwohl er über ein Aktienpaket bei der CKW verfügt. Mit dieser Minderheitsbeteiligung kann kein Einfluss genommen werden. Der Vorschlag von Bürgerlichen, sich in den Gründervertrag der AXPO als Mutterkonzern der CKW einzukaufen, ist naiv: Luzern müsste mit einem Betrag von 700 bis 900 Millionen Franken rechnen.

Von vier Forderungen bleibt eine, die aber keine politische Mehrheit findet. Deshalb lehnt die SP die Initiative ab.

Silvana Beeler Gehler
Fraktionschefin SP Kanton Luzern



Der neue Mitarbeiter Bené Koller stellt sich vor

Geschätzte Genossinnen und Genossen, mein Name ist Benedikt (Bené) Koller, ich bin 22 und wohne in Luzern. Nachdem ich 2010 meine Matura mit Schwerpunktfach Latein in der Sport- und Musikklasse der Kantonsschule Alpenquai Luzern abgeschlossen hatte, unterzeichnete ich beim FC Luzern einen Profivertrag mit zweijähriger Laufzeit, den ich allerdings nach meinem ersten Jahr als Profi umgehend wieder auflöste, da ich mir einen Werdegang im Fussballbusiness nicht vorstellen kann.



Ab September 2012 beginne ich nebst meiner Tätigkeit auf dem Sekretariat der SP Kanton Luzern mein Studium der Philosophie und der deutschen Sprach- und Literaturwissenschaft an der Universität Zürich.

Seit meiner Schulzeit am Gymnasium interessiere ich mich sehr für politische und kulturelle Themen, als kritischer und aufgeweckter Zeitgenosse insbesondere auch für die Entwicklungen in meiner Stadt Luzern. So gründete ich zusammen mit Freunden anfangs 2010 den gesellschaftspolitischen Verein la résistance de la raison – RdR, um den kulturellen und politischen Diskurs in Luzern aktiv mitzuprägen. So kam ich auch in Kontakt mit vielen JUSOs, sodass ich 2011 sowohl der JUSO als auch der SP beitrug. Von Anfang an war ich von der politischen Arbeit innerhalb der JUSO/SP sehr begeistert und von deren Wichtigkeit überzeugt, vor allem dann, wenn man sieht, dass man mit seinem politischen Engagement etwas bewegen kann.

2012 wurde ich in den Vorstand der JUSO Stadt Luzern gewählt und bin dort nun als Bildungsverantwortlicher tätig. Die (Mit-)Arbeit in der JUSO/SP bereitet mir bisher sehr viel Freude und motiviert mich daher als künftiger Parteisekretär der SP Kanton Luzern noch intensiver und eingebundener an der wertvollen und dringlichen politischen Arbeit der SP mitwirken zu können. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Sebastian Dissler auf dem Parteisekretariat und den Austausch mit all den Mitgliedern und Organen unserer Partei.

2012 wurde ich in den Vorstand der JUSO Stadt Luzern gewählt und bin dort nun als Bildungsverantwortlicher tätig.

Die (Mit-)Arbeit in der JUSO/SP bereitet mir bisher sehr viel Freude und motiviert mich daher als künftiger Parteisekretär der SP Kanton Luzern noch intensiver und eingebundener an der wertvollen und dringlichen politischen Arbeit der SP mitwirken zu können.

Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Sebastian Dissler auf dem Parteisekretariat und den Austausch mit all den Mitgliedern und Organen unserer Partei.

Solidarisch, Bené Koller

PUBLIC CORPORATE GOVERNANCE:

Eine Frage der Strategie und der Macht

Wer erinnert sich noch an die Auseinandersetzung zwischen Kantons- und Regierungsrat bei der Nomination eines Kantonsvertreters im Verwaltungsrat der Luzerner Kantonalbank? Damals nominierte der Regierungsrat – entgegen dem klaren Willen des Parlaments – den damaligen ausscheidenden Regierungsrat Max Pfister. Dieser Entscheid war zwar heftig umstritten, aber rechtens. Doch die zentrale Frage bleibt bis heute unbeantwortet: Welche Interessen vertritt alt Regierungsrat Max Pfister im Verwaltungsrat der Luzerner Kantonalbank? Diese Frage kann nicht objektiv beantwortet werden, weil keine Eigner-Strategie des Kantons als Hauptaktionär der Luzerner Kantonalbank existiert. Diese Lücke gilt es zu schliessen.

Mit dem neuen Gesetzesentwurf über die Public Corporate Governance (Mantelerlass PCG) wäre der Kanton Luzern in Zukunft gezwungen, im Rahmen seiner Beteiligungsstrategie bei allen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts mit Mehrheitsbeteiligung des Kantons eine Eigner-Strategie festzulegen. Sollte das Gesetz vom Parlament angenommen werden, wird der Regierungsrat in Zukunft für

sämtliche Unternehmen und Organisationen wie beispielsweise Luzerner Kantonalbank, Kantonsspital, Universität, Fachhochschulen, Gebäudeversicherung, Luzerner Pensionskasse, um nur einige wenige zu nennen, eine Eigner-Strategie festlegen müssen. Offen ist die Frage, ob das Parlament Einfluss nehmen kann auf die einzelnen Eigner-Strategien. Die Gesetzesvorlage sieht es leider zurzeit nicht vor.

Die Führung, Steuerung, Kontrolle und Aufsicht von Unternehmen und Organisationen mit Mehrheitsbeteiligung des Kantons und der Gemeinden wird zunehmend zu einem zentralen Thema. Insbesondere, wenn diese Unternehmen sich immer stärker im Markt ausrichten. Es ist deshalb höchste Zeit – und die SP-Fraktion fordert dies seit Jahren –, dass eine Gesetzesgrundlage zum Thema Corporate Governance verabschiedet wird. Im Grunde genommen hätte man diese Gesetzesvorlage bereits vor den grossen Auslagerungen von Kantonalbank und Kantonsspital verabschieden müssen.

Corporate Governance bedeutet unter anderem auch Gewaltentrennung. Die Gesetzesvorlage sieht deshalb vor, dass Kantonsräte

und Gerichtsangestellte in Zukunft nicht mehr Mitglied von strategischen und operativen Leitungsorganen von Organisationen und Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Kantons sein dürfen. In der ersten Beratung wollten die bürgerlichen Parteien CVP und FDP von diesem «Unvereinbarkeitsartikel» nichts wissen. Es scheint, dass der alte Politfilz von CVP und FDP in den kantonalen Institutionen die Stühle nicht räumen will.

Sollten die CVP und FDP ein Gesetz über die Public Corporate Governance ohne das zentrale Element der Gewaltentrennung wollen, wird das Volk am Ende entscheiden müssen. Thomas Jefferson, US-Präsident von 1801 bis 1809, drückte sich zum Thema Gewaltentrennung folgendermassen aus: «Wenn es um die Macht geht, darf man keinem Menschen trauen, sondern muss alle Fesseln der Verfassung anlegen.»

Giorgio Pardini
SP-Fraktionsmitglied und
Präsident der kantonalen Kommission
für Wirtschaft und Abgaben



Osi Stalder ist nicht mehr

59-jährig versagte plötzlich sein Herz. Wir sind geschockt.

Damit verliert die SP einen stillen und zähen Schaffer, verlässlich und ausdauernd. Seit Jugend war er dem Kampf für soziale Gerechtigkeit verpflichtet, jahrelang als Geschäftsleitungsmitglied der Kantonalpartei und Ende der Achtziger-, anfangs der Neunzigerjahre während vier Jahren als unser Präsident: Osi war ein mutiger Präsident, konnte voll in die Offensive gehen, die Dinge beim Namen nennen: an Parteitag und im Einsatz in Wahlkämpfen auf der Strasse.

Diese Seite jedoch kannten die jüngeren Parteimitglieder kaum mehr.

Nach seinem Rücktritt widmete Osi sich stark dem Familienleben, war ein engagierter Vater für seine einzige Tochter Olivia.

Überhaupt bedeuteten ihm Kinder sehr viel. Lange Jahre setzte



er sich als Präsident des Vereins Kinderferienwerk ein. Er opferte seine eigene Freizeit dafür, dass Kinder und Jugendliche zusammen eine unbeschwerte Zeit bei Sport und Spass haben konnten.

Im Spiel mit ihnen blühte der sehr introvertierte und zurückhaltende Osi auf.

Doch vor allem setzte sich Osi, der als Korrektor bei der Luzerner Zeitung und als Protokollführer im Stadthaus Sprache zum Beruf gemacht hatte, in all seinen SP-Jahren auf einer ganz praktischen Ebene dafür ein, dass die SP-Botschaften prägnant und korrekt an die Öffentlichkeit gelangten. Kaum jemand wusste übrigens, dass Osi mit 19 Jahren den 1. Preis des Jungschriststeller-Wettbewerbes gewonnen hat, ein klarer Hinweis sowohl auf seine Begabung wie auch auf seine Liebe zum geschriebenen Wort.

Seit den Urzeiten von «SP intern» war er Redaktor, instruierte die Sekretäre, wie sie das Blatt zusammenzubauen hatten, und beschaffte dabei gerade auch selbst die technische Infrastruktur, das ominöse Leuchtpult.

Bis zum Wechsel zu links.lu und darüber hinaus blieb Osi der Redaktion erhalten. Selbst geschrieben hat er fast nie. Schade! Witzig ist seine Parodie über das abrupt steigende Alter des Bundesratskollegiums im Februar 2004. «...Wir werden alle älter, doch der Bundesrat schneller, mindestens durchschnittlich...»

Ja, wir werden älter und wir hätten Osi gerne noch lange mit uns gehabt, wir vermissen seine unaufdringliche Präsenz, seine Dienstbarkeit, seine präzise Beobachtungsgabe, seinen feinsinnigen Humor. Er diente unserer Partei und der linken Bewegung in grosser Bescheidenheit.

Sein Leben zeigt, dass Politik nicht laut sein muss, um zu wirken, sondern zuerst und vor allem mit der Glaubwürdigkeit des Menschen zu tun hat.

Danke, Osi!

Hans Widmer

Blättern in der Gebrauchsanweisung

Ein kluger Mann hat gesagt: «Das schlechte Gewissen ist eine Erinnerung an die Gebrauchsanleitung für unser Gehirn!» Würden wir konsequent die Gebrauchsanleitung verwenden, gäbe es viele Probleme nicht – aber wer hat immer Zeit zum Blättern? Oft wollen wir nicht viel denken und machen's uns lieber einfach.

Ein Beispiel dafür sind Eltern, die ihren Kindern predigen, nur mittels Fussgängerstreifen die Strasse zu überqueren, selber aber im Auto mit Bleifuss an der Schule im Nachbardorf vorbeibrausen. Oder Lehrer, die zu Ehrlichkeit aufrufen, bei Prüfungen nicht zu schummeln, ihre Steuererklärung aber nicht so genau ausfüllen. Wir als Angehörige des Kantonsrats bilden keine Ausnahme: Beim Ausarbeiten von Gesetzen sollten übergeordnete Prinzipien (z. B. Gewaltentrennung oder Unvereinbarkeiten) stets respektiert werden. Egal wo, je nach persönlicher Betroffenheit werden übergeordnete Prinzipien halt «alternativ» interpretiert. Doch betrachten wir ethische Beanspruchungen aus wissenschaftlicher Sicht:

Philosophen und Psychologen befassten sich seit der Renaissance intensiv mit der Frage, wie die Grundmauern ethisch-moralischen Handelns gelegt werden und welche Auswirkungen dies für unsere Gesellschaft hat. Lawrence Kohlberg gilt als Begründer der modernen entwicklungspsychologischen Moralforschung. Als er 1955 seine Untersuchungen zum moralischen Urteil begann, sah er sich mit unhaltbaren Positionen konfrontiert zu denen er eine radikale Gegenposition entwarf. Mittels Experimenten und Interviewstudien an allen Altersgruppen zeigte er, dass Moralentwicklung bewusst abläuft und niemals abgeschlossen ist. Moralentwicklung dauert ein Leben lang und durchläuft verschiedene Entwicklungsstadien. Im Mittelpunkt von Kohlbergs Theorie steht der Mensch, der nicht als blindes Gefühls-Produkt von Belohnungs- und Bestrafungsprozessen funktioniert, sondern als ein Wesen, das seine Vernunft einsetzt. Als ein Wesen, das in schwierigen Situationen unter Berufung auf Gründe handelt, die dieses Handeln rechtfertigen. Diese Gründe müssen für alle Menschen gelten, wenn sie moralisch gültig sein sollen.

Daraus ergab sich für ihn im politischen Sinne, dass Menschen, die in einer Gemeinschaft zusammenleben, immer wieder zwischen den eigenen Interessen und den Interessen anderer abwägen müssen. Wenn Menschen dabei zur Einsicht gelangen, dass sie den eigenen Inte-

ressen dienen, indem sie auch den Interessen der anderen dienen – was als Blättern in der einleitend erwähnten Gebrauchsanweisung bezeichnet werden kann –, dann können sich die volle Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft und Gerechtigkeit im gleichen Zusammenhang entfalten. Folgen Menschen ausschliesslich eigenen Interessen, dann werden sich Leistungskraft der Gesellschaft und Gerechtigkeit reduzieren. Doch blättern hierzulande die richtigen Menschen in ihrer Gebrauchsanleitung oder optimieren sie nur ihren Eigennutz?

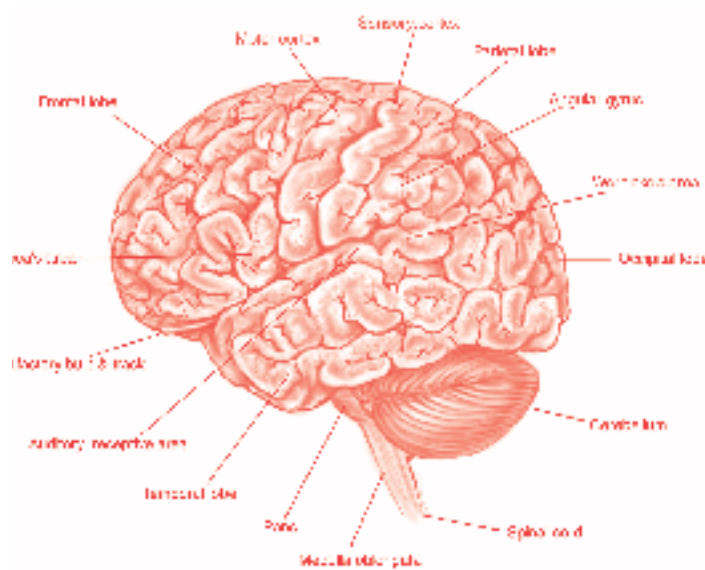
In der Schweiz besitzen wenige (1 Prozent) gleich viel privates Vermögen wie der gesamte Rest (99 Prozent) der Bevölkerung. Oft wurde das Vermögen dieser wenigen ohne Eigenleistung, nur durch Erbschaften generiert. Durch

darität zwischen Jung und Alt. Dies ist für alle – die Reichen mit eingeschlossen – eine sehr schädliche Entwicklung.

Die eidg. Initiative für eine Erbschafts- und Schenkungssteuerreform fordert, dass Erbschaften ab zwei Millionen im ganzen Land mit 20 Prozent besteuert werden, um dieser Vermögenskonzentration entgegenzuwirken. Da zwei Drittel der neu erhobenen Steuer in die Kassen der AHV und ein Drittel den Kantonen zufließen sollen, profitieren alle und nicht nur wenige. Vererbte Unternehmen und Landwirtschaftsbetriebe sind davon übrigens ausgenommen oder es können Sonderregelungen angewendet werden.

Wie sich zeigt, sind zurzeit viele Vermögende quasi «panikartig» dabei, Schenkungen zu tätigen oder ihre Vermögenswerte schon zu Lebzeiten auf ihren Nachwuchs zu übertragen. Es ist auch zu erwarten, dass bei Zustandekommen dieser Initiative von der Gegenseite mit viel Geld wieder eine Neid- und Panik-Polemik losgetreten wird, um das Anliegen an der Urne zu «bodigen». Bezüglich des Neidarguments bitte ich Sie, sich obige Argumente bezüglich schwindender Solidarität zwischen Jung und Alt durch den Kopf gehen zu lassen und erst dann ein Urteil zu fällen, wenn Sie gesehen haben, wem diese zusätzlichen Einnahmen zugute kommen. Bezüglich der Panikmache, dass Reiche ins Ausland abwandern: Mit 20 Prozent Besteuerung liegt die Schweiz besser im Rennen als Deutschland (30 Prozent), Frankreich (40 Prozent), Grossbritannien (40 Prozent) und die USA (49 Prozent, vorübergehend reduziert auf 28 Prozent). Hinzu kommt, dass andere, noch nicht genannte Länder bei Faktoren wie Stabilität, Sicherheit und Lebensqualität kaum mit unserem Land vergleichbar sind.

Neid- und Panikargumente sind klassische Formen, um von einem ethisch bedenklichen Zustand abzulenken. Dies ist aber durchschaubar. Mit Ihrer Unterschrift und dem späteren Ja zu dieser Initiative an der Urne helfen Sie mit, die Solidarität zwischen Jung und Alt zu erhalten und die Betroffenen dazu zu bringen, ein wenig in ihrer Gebrauchsanweisung zu blättern.



das in vielen Kantonen unversteuerte Weitervererben dieser Vermögen an die direkten Nachkommen steigt diese Vermögenskonzentration in den nächsten Jahren noch weiter an, was bei vielen Volkswirtschaftlern Besorgnis erregt:

Jährlich gehen rund 40 Milliarden Franken Vermögen durch Erbanfall in neue Hände über. Die höchsten Vermögen und damit auch die hohen Erbschaften werden überproportional wachsen. Gleichzeitig müssen immer weniger Erwerbstätige für die zahlreicher werdenden AHV-Rentner aufkommen. Um die AHV zu finanzieren, müssen die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber mittelfristig erhöht oder die Leistungen an die Rentner reduziert werden. Höhere Beiträge belasten die Arbeitseinkommen und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Diese Entwicklung strapaziert zunehmend die Soli-

Martin Kruppenacher

Kantonsrat SP Willisau, dieser Text erschien am 3. September im Willisauer Boten



Hier unsere Bilder vom SP-Sommerfest, welches am 25. September im alten Schützenhaus in Kriens stattgefunden hat.



AGENDA

Montag, 24. September
Mitgliederversammlung
SP Stadt Luzern
 Hotel Anker, Luzern, 19.30 Uhr

Dienstag, 23. Oktober
Delegiertenversammlung
 Hotel Anker, Luzern, 19.15 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeberin:
 SP Kanton Luzern
 Theaterstrasse 7
 6003 Luzern
 T 041 311 05 85
 F 041 311 05 86
 info@sp-luzern.ch
 www.sp-luzern.ch

Redaktion
 Sebastian Dissler